

20 JAHRE OPFERPERSPEKTIVE



Brandenburg – Juli 2018

Seit 20 Jahren steht die Opferperspektive an der Seite der Betroffenen. Viel ist seither passiert. Hier gibt es eine kleine Auswahl an wichtigen Wegmarken und Ereignissen in unserer Arbeit...





○ **Jugendclubtour**

○ **Bundesweite Ausstellung**
„Todesopfer rechter Gewalt seit 1990“ eröffnet

○ **Preisverleihung Bündnis für Demokratie und Toleranz**
„Wir verstehen den Preis für Demokratie und Toleranz als eine Würdigung und Unterstützung der Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, die leider auch in der nächsten Zukunft unverzichtbar sein wird.“ (aus der Dankesrede)



○ **„Mobiler Fachtag“**
Zusammen mit dem Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit organisierte die Opferperspektive eine mobile Informationstour durch Brandenburg.

○ **Wissenstransfer**
Die Opferperspektive organisiert Fortbildungen für ehrenamtliche Berater_innen in verschiedenen Brandenburger Kleinstädten.



○ **Ratgeber für Jugendliche**
Eine speziell für Jugendliche formulierte Broschüre soll nach rechten Angriffen helfen.

○ **Fall Ermyas M.**
Die Opferperspektive begleitet den Prozess um den rassistischen Angriff auf den schwarzen Deutschen. In einem Dossier zieht sie eine kritische Bilanz der medialen und gesellschaftlichen Diskussion um den Fall.

○ **Beilage in Lokalzeitung zum 20. Todestag**
in Gedenken an Amadeu Antonio, der 1990 in Eberswalde getötet wurde



2004

2005

○ **Spendensammlung**
Im März 2005 brennt der Imbisswagen von Mehmet Cimendag in Rheinsberg nach einem Brandanschlag vollständig ab. Es ist der vierte Brandanschlag in zwei Jahren. Mit Hilfe von Spenden kann der Imbiss wieder eröffnen

○ **Imbiss-Broschüre**

Angriffsziel Imbiss



Hilfe für Betroffene

2006

○ **Broschüre Gegen den Strom**

„Nachdem ich von Nazis angegriffen wurde, hat mein Vater gesagt: Endlich hast du es mal gemerkt. Meine Mutter sagte: Warum machst du auch so eine Scheiße, zieh dich doch mal vernünftig an.“



2007

2008

○ **Erinnerungen an Stippi**

Im Juli 2008 stirbt Bernd Köhler in Folge rechter Gewalt in Templin. Die Opferperspektive spricht mit Familie und Freund_innen. Daraus entsteht die Broschüre „Erinnerungen an Stippi“



○ **Antidiskriminierungsberatung gegründet**

Weiterer Arbeitsbereich unter dem Dach der Opferperspektive: Die Antidiskriminierungsberatung unterstützt und stärkt Betroffene von rassistischer Diskriminierung, Unterstützer_innen oder Beratungsstellen und informiert zu Rechten und verschiedenen Handlungsmöglichkeiten.



○ **Buchprojekt**

Als Ergebnis einer gemeinsamen Studie erscheint das Buch „Hate Crime in Germany and Poland“ zusammen mit der polnischen Organisation Nigdy Więcej



2010

2009



PMK rechts Kriterien

Als Expertin beteiligt sich die Opferperspektive an der Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ zur Reform des polizeilichen Erfassungssystems für politisch motivierte Kriminalität.

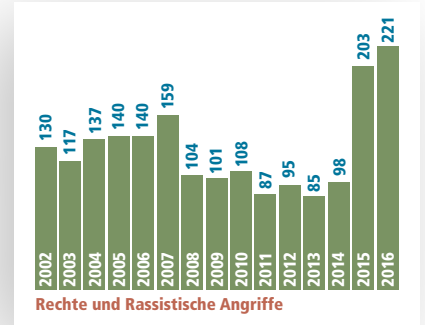
Bundesverband gegründet

Die Opferperspektive beteiligt sich am Aufbau des bundesweiten Zusammenschlusses von Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) und unterstützt neue Kolleg_innen durch Erfahrungsaustausch und fachliche Weiterbildung.

NSU Aufklärung

Die Antidiskriminierungsberatung lädt zur Filmvorführung „Der Kuaför aus der Keupstraße“ und anschließender Podiumsdiskussion.

Höchste Zahl rechter Angriffe



„Eigentlich fühle ich mich hier wohl.“

Broschüre zu Alltagsrassismus in Potsdam.

2012

15 Jahre Opferperspektive

Anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens veröffentlicht die Opferperspektive das Buch „Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt“



2011

NSU Selbstenttarnung

Die rassistische Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrund wird durch den Suizid von zwei Tätern öffentlich bekannt. Die Opferperspektive und andere Beratungsstellen veröffentlichen einen „Appell gegen Neonazis“ und fordern eine Neuausrichtung in der Arbeit gegen Rechts.

Todesopfer-Studie

Das Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum überprüft die Todesfälle rechter Gewalt in Brandenburg. Die Opferperspektive steht beratend zur Seite.

2017

Danke

Vielen Dank an unsere Unterstützer_innen, Spender_innen und Alle, die uns seit 20 Jahren begleiten!

Potsdamer Büro der Antidiskriminierungsberatung eröffnet

Online-Toolbox

Die Internetseite www.toolbox-gegen-rechts.de wendet sich besonders an Jugendliche, die von rechter Gewalt betroffen sind.



Broschüre Rassismus auf dem Wohnungsmarkt



Stippi
beratung
Brandenburg

BRANDENBURG

Das Prinzip Opferperspektive wird 20 Jahre alt

In diesem Jahr feiert die Opferperspektive ihren 20. Geburtstag. Gegründet wurde die anfangs ehrenamtlich arbeitende Initiative 1998 als Reaktion auf die rechte Gewalt der 1990er Jahre. Zu oft hatten in dieser Zeit Polizei und Justiz den politischen Hintergrund von Gewalttaten, Brandanschlägen und Morden ignoriert und verharmlost oder gar den Opfern eine Mitschuld daran zugewiesen. Regelmäßig waren die Betroffenen rechter Gewalt oder ihre Angehörigen mit den Folgen der Tat allein gelassen worden. Stattdessen wurden in der öffentlichen Diskussion die Täter dadurch entschuldigt, dass sie zu Verlierern der Transformationsprozesse nach der deutschen Wiedervereinigung und damit zu den eigentlichen Opfern erklärt wurden. Die Opferperspektive trat dagegen an, mit dem Ziel, die Opfer rechter Gewalt zu beraten und zu unterstützen, ihren Stimmen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, einen solidarischen Umgang mit ihnen zu fördern und das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt zu dokumentieren. Damit handelte es sich um die bundesweit erste spezialisierte Beratungsstelle für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt.

Ebenfalls 1998 beschloss der Brandenburger Landtag das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Diese Entscheidung war das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen, in deren Gefolge sich in der Landesregierung die Erkenntnis durchsetzte,

dass rechte Gewalt nicht „nur ein stummer Schrei nach Liebe“ war, wie die Band „Die Ärzte“ seit 1993 ironisch sang. Stattdessen wurde erkannt, dass die flächendeckende rechte Gewalt tatsächlich einen Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol und eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes darstellte. Im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde eine Strategie niedergelegt, wie dem begegnet werden sollte. Deren Kernbestandteile waren die staatliche Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Strukturen, die sich für ein demokratisches Miteinander in Brandenburg einsetzten, die öffentliche Ächtung von Gewalt und Unterstützung für die Opfer und ein entschlossenes Reagieren von Polizei und Justiz auf rechte Gewalt. Tatsächlich entwickelten sich in den Jahren danach unter dem Label „Brandenburger Weg im Kampf gegen den Rechtsextremismus“ spezifische und durchaus wirksame Formen der Kooperation kommunaler und staatlicher Institutionen mit zivilgesellschaftlichen Vereinen, Initiativen und Organisationen, die sich der rechten Hegemonie in weiten Teilen des Landes entgegenstellten.

Seit vier Jahren stehen die Akteure des „Toleranten Brandenburgs“ jedoch vor neuen Anforderungen. Mit der AfD und Organisationen wie der Bürgerinitiative „Zukunft Heimat“ aus Südbrandenburg sind rechte Organisationen entstanden, die über eine

breite Basis verfügen. Aufgrund ihrer starken Wahlergebnisse verfügt die AfD über eine politische Legitimation, die staatliches Handeln gegen sie verbietet. Derzeit wird diskutiert, ob diese staatliche Neutralitätspflicht sich auch auf aus Haushaltsmitteln geförderte zivilgesellschaftliche Organisationen erstreckt, d.h. ob diese Organisationen Kritik an der Politik der AfD üben dürfen oder nicht. Obwohl viele Aktive der Brandenburger AfD aus der Neonaziszene kommen und „Zukunft Heimat“ keine Berührungspunkte mit rechtsradikalen Hooligans hat, tun sich viele Politiker_innen und Journalist_innen schwer damit, diese Organisationen als rechtsradikal zu bezeichnen. Bestand weitgehende Einigkeit darüber, dass NPD, DVU und Kameradschaften aus dem politischen Diskurs ausgegrenzt und in ihrer öffentlichen Wirksamkeit beschränkt werden sollen, wird mit AfD und „Zukunft Heimat“ durchaus der Dialog gesucht. Die breite Unterstützung für die rassistische Politik dieser Organisationen führt dazu, dass Menschen, die sich vor Ort in den Gemeinden des Landes gegen Rassismus und für ein demokratischeres Miteinander einsetzen mit einem starken Gegenwind konfrontiert sind. Unter diesen Bedingungen sind viele Erfolge der letzten Jahre in Gefahr. Es wird darauf ankommen, unter diesen Bedingungen neue Wege im Kampf gegen den Rechtsradikalismus zu finden.

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam

☎ +49 (0)331 8170000

📠 +49 (0)331 8170001

@ info@opferperspektive.de

SPENDENKONTO

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT

Konto: 3813100

BLZ: 10020500

IBAN: DE34100205000003813100



Redaktion: Christin Jänicke